Prüfungsarbeit eines Bewerbers

Sofern nachfolgend nicht ausdrücklich anderweitig angegeben, beziehen sich Verweise auf

Art. ... EPÜ und
R. ... EPÜ

auf Vorschriften des EPÜ 2000.

Verwendete Abkürzungen:

Art. = Artikel (des EPÜ 2000)
R. = Regel (des EPÜ 2000)
RiLi = Prüfungsrichtlinien EPA
A. = Anlage/Annex
S. = Seite
Z. = Zeile

Das angegriffene Patent (= A1) wurde auf Deutsch studiert. Alle Verweise auf Textpassagen in A1 beziehen sich auf diese Fassung.

Einspruchsbegründung

Europäisches Patentamt
80 298 München

Betr.: Einspruch gegen EP 1 861 768 B1 (= A1)
hier: Einspruchsbegründung

Der Einspruch mit dem Antrag

Widerruf des Patents in vollem Umfang,
hilfsweise mündliche Verhandlung

wird wie folgt begründet (Art. 99 (1), R. 76 (2) c) EPÜ).

I. Tatsachen

Der Einspruch ist gestützt auf folgende Druckschriften:

A2 auf Englisch
A3 auf Deutsch
A4 auf Deutsch
A5 auf Deutsch
A6 auf Englisch

A4 ist ein Ausdruck einer Internetseite, der am 24.2.2009 heruntergeladen wurde. A4 gibt jedoch an, dass der Inhalt der Seite seit dem 12.5.2006, also vor dem Prioritätstag von A1, unverändert geblieben ist (S. 2009/C/d,e,f/16, Z. 7).

Als Beweis dafür, dass A4 seit dem 12.5.2006 in dieser Form online verfügbar war, werden wir eine eidesstattliche Versicherung von
Herrn R. Zenon,
dem Eigentümer des Unternehmens nachreichen, das diese Website betreibt (Art. 117 (1)(g) EPÜ). Weiter bieten wir Beweis durch Vernehmung von Herrn Zenon als Zeuge an (Art. 117 (1) (d) EPÜ). Herr Zenon wird bestätigen, dass der Inhalt der über Internet verfügbaren Website www.microwave.com seit dem 12.5.2006 A4 entspricht.

II. Zeitränge und rechtliche Qualifizierung der Entgegenhaltungen

Ansprüche 1-5 nehmen die Priorität von US 405 603 wirksam in Anspruch und haben den Zeitrang 14.6.2006 (Art. 87, 89 EPÜ).

Anspruch 6 beinhaltet eine unzulässige Erweiterung in der Form eines fakultativen Merkmals, wie unten näher erläutert wird. Da das fakultative Merkmal den Anspruchsgegenstand von Anspruch 6 nicht beschränkt, RiLi C-III, 4.9, kommt dem Gegenstand von Anspruch 6 der Zeitrang 14.6.2006 zu (Art. 87, 89 EPÜ).

Für A2-A6 ergibt sich folgende rechtliche Qualifizierung:
A2, A3 und A5 wurden vor dem Zeitrang der Ansprüche von A1 veröffentlicht und sind Stand der Technik nach Art. 54 (2) EPÜ für alle Ansprüche.
A6 hat den Zeitrang 8.6.2006 (Art. 87, 89 EPÜ), wurde aber nach dem Anmeldetag von A1 veröffentlicht.Da A1 einen Anmeldetag vor dem 13.12.2007 hat, ist A6 Stand der Technik nach Art. 54 (3) EPÜ, Art. 54 (4) EPÜ 1973 für die gemeinsamen Benennungsstaaten AT, BE, CH, DE, DK, FR, GB, GR, PT (also alle in A6 benannten Staaten), Art. 7 (1) Rev.akte und Art. 1 Ziff. 1 Satz 2 des Beschlusses des Verwaltungsrates vom 28.6.2001 (Sonderausg. 1 Abl. 2007, S. 197).
A4 dient als druckschriftliches Beweismittel für den Inhalt einer Veröffentlichung „auf sonstige Weise“ im Internet, die vor dem 14.6.2006 erfolgte. Diese Veröffentlichung (nachfolgend als „A4“ bezeichnet, wobei sich versteht, dass der Inhalt der vor dem 14.6.2006 erfolgten Veröffentlichung gemeint ist) ist daher Stand der Technik nach Art. 54 (2) EPÜ für alle Ansprüche von A1.

III. Unzulässige Erweiterung (Art. 100 c) EPÜ)

Der Gegenstand von A1 geht über den Inhalt der europäischen Patentanmeldung hinaus.

1. Absatz [0006] von A1

Der letzte Satz von Absatz [0006] von A1 ist in den ursprünglichen Unterlagen nicht offenbart. Diese enthalten keine Informationen dazu, bei welchen Abständen gute Kochergebnisse erzielt werden.

Dieses hinzugefügte Merkmal gibt dem Fachmann zusätzliche technische Informationen und leistet einen technischen Beitrag im Sinne von G 1/93. Daher darf dieses Merkmal nicht vernachlässigt werden (T 201/83).
A1 ist somit unzulässig erweitert, Art. 100 c) EPÜ.

2. Fakultatives Merkmal in Anspruch 6

Das Merkmal, dass die Trägerschicht „vorzugsweise aus Papier besteht“ in Anspruch 6 schränkt zwar den Anspruchsgegenstand nicht ein, fügt aber ein weiteres bevorzugtes Ausführungsbeispiel mit einer Trägerschicht aus Papier hinzu. Dieses war in den ursprünglichen Anmeldungsunterlagen nicht offenbart – Absatz [0009] von A1 gibt keinen Hinweis auf das Material der Trägerschicht.

Die Prioritätsanmeldung kann für A1 nicht als Grundlage für Änderungen herangezogen werden, G 3/89, G 11/91. R. 56 EPÜ 2000 ist aufgrund des Anmeldetags von A1 nicht auf A1 anwendbar.

IV. Mangelnde Neuheit und erfinderische Tätigkeit der Anspruchsgegenstände (Art. 100 a), 52 (1), 54, 56 EPÜ)

Anspruch 1

Mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A2 in Kombination mit A3 (Art. 100 a), 52 (1), 56 EPÜ)

A2 ist nächstliegender Stand der Technik, da A2 – ebenso wie der Gegenstand von Anspruch 1 (siehe Absatz [0003] von A1) – den Zweck verfolgt, Speisen auf einem Tisch warm zu halten.

A3 teilt mit Anspruch 1 zwar das Wirkprinzip der Induktionsheizung, betrifft aber die Erwärmung von Speisen während eines Transportes, nicht auf einem Tisch. A4 und A5 offenbaren gleichfalls keine Tische mit Warmhaltefunktion.

Offenbarung von A2

A2 offenbart einen Tisch, der zum Erwärmen von Speisen geeignet ist (S. 2009/C/d,e,f/10, Z. 21-22 und Z. 24). Es ist zu beachten, dass nach A1 eine „Erwärmung“ nicht notwendig in einer Temperaturerhöhung bestehen muss, sondern auch ein Warmhalten ein Erwärmen im Sinne von A1 ist, siehe Absätze [0003] und [0006] von A1. Der Tisch von A2 umfasst eine Holztischplatte (implizit durch „wooden table surface“), wobei elektrische Heizelemente einer elektrischen Heizvorrichtung unter der Tischoberfläche und im Holz, somit also in einem Hohlraum im Holz, eingeschlossen sind (S. 2009/C/d,e,f/10, Z. 23-26). Da die Heizelemente von A2 im Betrieb mit Strom versorgt werden müssen, offenbart A2 implizit auch Mittel geeignet zum Anschließen der Heizelemente, um eine Heizwirkung hervorzurufen, an eine Stromquelle (implizit in den ersten drei Zeilen von Absatz [0003] von A2).

Unterscheidungsmerkmal, Wirkung

Anspruch 1 unterscheidet sich von dem Tisch nach A2 dadurch, dass die Heizelemente eine elektrisch leitfähige Spule sind und die Mittel zum Anschließen eingerichtet sind, um die Spule an eine Wechselstromquelle anzuschließen, um ein elektromagnetisches Wechselfeld zu erzeugen, das in einem metallbeschichteten Behältnis Wechselströme erzeugen kann, um dieses zu erwärmen.

Diese Unterscheidungsmerkmale, die alle eine Induktionsheizung betreffen, haben die Wirkung, dass die Erwärmung sicher ist und kontinuierlich über längere Zeit erfolgen kann (Absatz [0003] von A1), da das Wechselfeld die Tischoberfläche nicht direkt erwärmt (Absatz [0005] von A1).

Aufgabe
Die objektiv zu lösende Aufgabe ist es, einen Esstisch bereitzustellen, der sicher im Gebrauch ist und Speisen über eine längere Zeit warm halten kann.

Naheliegen
Zur Lösung der Aufgabe hätte der Fachmann zunächst A2 selbst entnommen, dass die Beschränkungen und Nachteile des Tisches von A2 dadurch bedingt sind, dass die elektrischen Heizelemente direkt einen Bereich der Tischoberfläche erwärmen, so dass sich die Wärme allmählich im gesamten Tisch ausbreitet (S. 2009/C/d,e,f/11, Z. 2-5).

A2 selbst hätte den Fachmann also motiviert, die Heizelemente so umzugestalten, dass die Heizelemente nicht größere Bereiche der Tischoberfläche beeinflussen.

Auf der Suche nach einem geeigneten Heizmechanismus hätte der Fachmann A3 zu Rate gezogen. A3 betrifft zwar keinen Tisch mit integrierter Warmhaltefunktion, wie er in A2 offenbart ist, befasst sich aber gleichfalls mit dem allgemeinen Problem, wie Speisen erwärmt bzw. warm gehalten werden können (Absatz [0003] von A3)

Der A3 hätte der Fachmann entnommen, dass die Verwendung einer Induktionsspule 5 es ermöglicht Speisen zu erwärmen, die in einem Serviergeschirr mit Metallbeschichtung gehalten werden, ohne dass das dazwischenliegende Kunststoffband erwärmt wird (S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 9-13). A3 offenbart implizit auch Mittel zum Anschließen an eine Wechselstromquelle, da durch die Spulen 5 von A3 ein Wechselstrom geleitet wird (S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 9-10).

Während das Förderband 1 von A3 aus Kunststoff ist (S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 2-3), war es vor dem Prioritätstag von A1 allgemeines Fachwissen des Fachmanns, dass das von der Induktionsspule erzeugte Wechselfeld nicht nur durch Kunststoff, sondern auch durch Holz ohne Absorption transmittiert wird (S. 2009/C/d/4, Z. 31-32).

Dem Fachmann wäre aufgrund seines allgemeinen Fachwissens klar gewesen, dass die in A3 als vorteilhaft beschriebene Wirkung der Induktionsspulen auch erreicht wird, wenn diese in den Holztisch von A2 integriert werden.

Zur Lösung der Aufgabe hätte der Fachmann anstelle der Heizelemente von A2 eine Induktionsspule in dem Hohlraum des Tisches vorgesehen, wobei er auch die in A3 implizit offenbarten Mittel zum Anschließen an eine Wechselstromquelle vorgesehen hätte.

Der im Lichte von A3 derart modifizierte Tisch von A2 weist alle Merkmale von Anspruch 1 auf. Denn es ist eine inhärente Eigenschaft der Induktionsspule, dass sie, wenn die Mittel geeignet zum Anschließen an eine Wechselstromquelle angeschlossen werden, ein elektromagnetisches Wechselfeld erzeugt. Dieses kann in einem metallbeschichteten Behältnis Wechselströme erzeugen, da es das Holz durchdringt (Absatz [0005] von A1). Dies ist wiederum eine inhärente Eigenschaft, die aus der Verwendung der Induktionsspule und der Mittel zum Anschließen an eine Wechselstromquelle folgt.

Da der Fachmann zur Lösung der Aufgabe A2 mit A3 kombiniert hätte und so naheliegend zum Gegenstand von Anspruch 1 gelangt wäre, beruht Anspruch 1 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit, Art. 100 a), 52 (1), 56 EPÜ.

Anspruch 2

Mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A2 in Kombination mit A3 (Art. 100 a), 52 (1), 56 EPÜ)
A2 ist aus denselben Gründen, die zu Anspruch 1 angeführt wurden, nächstliegender Stand der Technik für Anspruch 2.

Unterscheidungsmerkmale, Wirkung
Der Tisch von A2 unterscheidet sich von dem Gegenstand des Anspruches 2 neben den zu Anspruch 1 erläuterten Merkmalen (keine elektrisch leitfähige Spule, keine Mittel geeignet zum Anschließen an eine Wechselstromquelle) auch durch die zusätzlichen Merkmale des Anspruches 2.

Diese haben mit den Merkmalen der Induktionsheizung den synergistischen Effekt, dass eine sichere Erwärmung auf Temperaturen von 60°C-65°C über lange Zeit möglich ist (S. 2009/C/d/5, Z. 2-6).

Aufgabe
Die objektive Aufgabe besteht darin, einen Tisch bereitzustellen, mit dem Speisen über längere Zeit bei Temperaturen von 60°C-65°C gehalten werden können und der sicher im Gebrauch ist.

Naheliegen
Zur Lösung der Aufgabe hätte sich der Fachmann aus den zu Anspruch 1 genannten Gründen der A3 zugewandt.

Der A3 hätte der Fachmann entnommen, dass zum Erwärmen auf ca. 65°C Wechselströme mit Frequenzen verwendet werden sollen, die kleiner als bei Induktionskochfeldern und größer als 15 kHz sein sollen (S. 2009/C/d,e,f/27, Z. 27 und S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 14-16). Aufgrund seines allgemeinen Fachwissens hätte der Fachmann auch gewusst, dass bei Induktionskochfeldern Frequenzen von 22-44 kHz verwendet werden. Als Beleg für dieses allgemeine Fachwissen wird auf Absatz [0004] von A6 verwiesen.

Daher hätte der Fachmann die Frequenzangabe in A3 so verstanden, dass Frequenzen zwischen 15 und 22 kHz verwendet werden sollen. Die untere Grenze dieses Bereichs entspricht der in Anspruch 2 definierten unteren Grenze. Der Fachmann hätte somit veranlasst durch A3 neben den zu Anspruch 1 erläuterten Änderungen an dem Tisch von A2 auch eine Wechselstromquelle mit einer Frequenz von 15 – 22 kHz vorgesehen.

Der so abgewandelte Tisch hat alle Merkmale von Anspruch 2. Denn eine Stromquelle mit einer Frequenz von 15 kHz unterfällt dem in Anspruch 2 angegebenen Bereich und nimmt diesen vorweg, T 188/83.

Daher beruht Anspruch 2 nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit.

Anspruch 3

Anspruch 3 ist auf Anspruch 1 rückbezogen, ist aber ein unabhängiger Anspruch, da das Behältnis nach Anspruch 3 nicht alle Merkmale des Tisches nach Anspruch 1 umfasst (R. 43 (4) EPÜ).

Anspruch 3 ist so auszulegen, dass er sich auf ein Behältnis bezieht, das geeignet ist, um mittels eines Tisches nach Anspruch 1 erwärmt zu werden, RiLi C-III, 4.13. Nach A1 wird die Eignung zur Erwärmung durch die metallhaltige Schicht erreicht, S. 2009/C/d/5, Z. 20-21.

Mangelnde Neuheit gegenüber A6 (Art. 100 a), 52 (1), 54 (3) EPÜ, 54 (4) EPÜ 1973)
A6 ist Stand der Technik nach Art. 54 (3), (4) EPÜ 1973 für die gemeinsamen Benennungsstaaten AT, BE, CH, DE, DK, FR, GB, GR, PT.

A6 offenbart einen Behälter in Form eines Topfes 1, der an seiner Unterseite mit einer Metallschicht 3 und einer Schicht 5 versehen ist. Die Metallschicht 3 ist so gewählt, dass sie aufgrund des von einer Spule 4 erzeugten Feldes induktiv erwärmt wird (S. 2009/C/d,e,f/22, Z. 11-13, Z. 13-14, Z. 24-27 und Figur von A6), so dass der Topf 1 induktiv erwärmt wird.

Da bei dem Tisch nach Anspruch 1 das Holz der Tischplatte das von der Induktionsspule erzeugte Wechselfeld nicht absorbiert (Absatz [0005] von A1), ist der Topf 1 von A6 ein Behälter, der geeignet ist, um Speisen mittels eines Tisches nach Anspruch 1 zu erwärmen. Denn der Begriff „Erwärmen“ ist allgemein so auszulegen, dass damit eine beliebige Temperaturerhöhung gemeint sein kann, auch wenn A1 beispielhaft Temperaturen von 60-65°C nennt.

Der Topf 1 von A6 besteht aus Steingut (S. 2009/C/d,e,f/22, Z. 10-11). Steingut ist ein Keramikmaterial (S. 2009/C/d/5, Z. 10). Daher ist der Topf 1 ein Keramikkörper.

Der Keramikkörper ist an seinem Boden, also zumindest teilweise, mit einer metallischen, also metallhaltigen, Schicht 3 und einer glasigen Schicht 5 beschichtet bzw. überzogen (S. 2009/C/d,e,f/22, Z. 11-12). Bei der glasigen Schicht 5 handelt es sich um eine Glasurschicht (S. 2009/C/d/5, Z. 13).

Anspruch 3 definiert keine vorgegebene Schichtenfolge. Insbesondere kann die Metallschicht auch unter der Glasurschicht vorgesehen sein wie in A6 – siehe auch Absatz [0007] von A1, wo nur beispielhaft eine andere Schichtreihenfolge angegeben ist.

Daher hat das Behältnis von A6, das den Topf 1 und die Schichten 3, 5 umfasst, alle Merkmale von Anspruch 3.

Anspruch 3 ist für die gemeinsamen Benennungsstaaten nicht neu gegenüber A6.

Mangelnde Neuheit gegenüber A5 (Art. 100 a), 52 (1), 54 EPÜ)
A5 ist Stand der Technik nach Art. 54 (2) EPÜ.

A5 offenbart ein Behältnis, das einen Porzellanteller mit einer Glasurschicht umfasst („glasierter Porzellanteller“, S. 2009/C/d,e,f/19, Z. 9-11). Der Porzellanteller ist ein Keramikkörper (S. 2009/C/d/5, Z. 10).

A5 offenbart ein Verfahren, mit dem eine Silberschicht auf den glasierten Teller aufgebracht wird (Anspruch 2 und Absatz [0005] von A5). Der aus diesem Verfahren resultierende glasierte Porzellanteller ist zumindest teilweise (nämlich ganz) mit einer metallhaltigen Schicht, nämlich der Silberschicht, überzogen.

Daher weist das notwendige Ergebnis des in A5 offenbarten Verfahrens, das ebenfalls in A5 offenbart ist, alle Merkmale des Behältnisses von Anspruch 3 auf. Denn insbesondere kann der beschichtete Teller induktiv erwärmt werden (S. 2009/C/d,e,f/19, Z. 22-21) und ist somit zum Erwärmen von Speisen mit dem Tisch nach Anspruch 1 geeignet.

Anspruch 3 ist somit nicht neu gegenüber A5.

Anspruch 4

Mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A4 in Kombination mit A5
A4 ist nächstliegender Stand der Technik, da A4 ein Behältnis mit einer Bräunungsbeschichtung offenbart, die in Anordnung und Zusammensetzung große Ähnlichkeiten mit der metallhaltigen Schicht nach Anspruch 4 mit Rückbezug auf Anspruch 3 aufweist.

Genauer offenbart A4 ein Behältnis in Form eines Kochgefäßes, das aus einem Glaskörper mit darauf aufgebrachter Beschichtung, die elektrisch leitfähig ist, besteht.

A4 offenbart, dass die metallhaltige Schicht auf dem Boden des Glaskörpers angebracht wird. Da die Schicht leitet, ist der Körper geeignet, um von dem Tisch nach Anspruch 1 induktiv geheizt zu werden (S. 2009/C/d,e,f/16, Z. 24-26).

Die Schicht kann enthalten: 65 Gew.-% eines Metallpulvers, 6-9 Gew.-% von natürlichem SiO_2 (also Quarzglas, S. 2009/C/d/5, Z. 26-28) und ansonsten eine organische Komponente. Das Metall kann Silber sein (S. 2009/C/d,e,f/16, Z. 31-33).

Das Behältnis von A4 unterscheidet sich vom Gegenstand von Anspruch 4 dadurch, dass nach letzterem das Behältnis einen Keramikkörper umfasst, der ganz mit einer Glasurschicht überzogen ist.

Dies hat keinen erkennbaren technischen Vorteil.

Die objektive Aufgabe besteht darin, ein zu dem Kochgefäß von A4 äquivalentes Kochgefäß bereitzustellen.

Ausgehend von A4 hätte sich der Fachmann A5 zugewandt, die offenbart, dass unter der Metallschicht eines Behältnisses für Koch- oder Servierzwecke auch ein Keramikkörper mit vollständig umgebender Glasurschicht vorgesehen sein kann (Absatz [0005] von A5). Diesen hätte der Fachmann ohne erfinderische Tätigkeit bei dem Kochgefäß von A4 anstelle des Glaskörpers verwendet.

So wäre der Fachmann ohne erfinderische Tätigkeit zum Gegenstand von Anspruch 4 gelangt.

Mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A5 in Kombination mit A4
Auch A5 könnte aus den zu Anspruch 3 genannten Gründen als nächstliegender Stand der Technik angesehen werden.

A5 offenbart weiterhin, dass der gesamte Porzellanteller mit der Glasurschicht überzogen und die metallhaltige Schicht auch auf dem Boden, nämlich der Unterseite, des Tellers vorgesehen ist (Absatz [0005] von A5).

A5 unterscheidet sich vom Gegenstand von Anspruch 4 in der Zusammensetzung der metallhaltigen Schicht.

Diese hat die Wirkung, dass der Teller reinigungsmittelbeständig ist (S. 2009/C/d/5, Z. 23-28).

Aufgabe: Bereitstellen von Geschirr, das induktiv heizbar und reinigungsmittelfest ist.

Zur Lösung der Aufgabe hätte der Fachmann die Bräunungsschicht von A4 anstelle der Silberschicht von A5 verwendet, da A4 eben diese Wirkung offenbart (Absatz [0001] von A4). Da A4 eine Beschichtung offenbart, die alle Merkmale der metallhaltigen Schicht von Anspruch 4 aufweist (siehe die obigen Erläuterung zur mangelnden erfinderischen Tätigkeit gegenüber der Kombination von A4 mit A5), wäre der Fachmann so ohne erfinderische Tätigkeit zu Anspruch 4 gelangt.

Anspruch 5

Mangelnde erfinderische Tätigkeit gegenüber A3 in Kombination mit A5 und dem allgemeinen Fachwissen
A3 ist nächstliegender Stand der Technik, da A3 ein Behältnis offenbart, das induktiv erwärmt werden kann und eine Schicht aus Eisen aufweist.

Genauer offenbart A3 ein Behältnis in Form eines Serviergeschirrs, das einen Keramikkörper in Form eines Steingutkörpers aufweist (S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 18 und S. 2009/C/d/5, Z. 10), der mit einer Eisenschicht, also einer Eisen enthaltenden metallhaltigen Schicht, zumindest teilweise überzogen ist (S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 18-20 und S. 2009/C/d,e,f/29, Z. 1-2).

Das Behältnis kann mit einer Induktionsspule erwärmt werden und ist daher geeignet, um von dem Tisch nach Anspruch 1 erwärmt zu werden (S. 2009/C/d,e,f/29, Z. 5-6).

Unterscheidungsmerkmal, Wirkung
Der Gegenstand von Anspruch 5 unterscheidet sich von dem Serviergeschirr dadurch, dass die metallhaltige Schicht ungefähr 0,35 mm dick ist und das Behältnis wenigstens teilweise mit einer Glasurschicht überzogen ist.

Die Schichtdicke hat die Wirkung, gutes induktives Erwärmen zu ermöglichen (Absatz [0007] von A1). Die Glasurschicht macht das Behältnis für Flüssigkeiten geeignet (Absatz [0007] von A1).

Aufgabe
Da keine Synergie zwischen den Wirkungen besteht, ist die Formulierung von Teilaufgaben zulässig, RiLi C-IV, 11.7.2 und 11.8.

Die Teilaufgaben sind ein Behältnis bereitzustellen, das gut induktiv erwärmt werden kann und das für Flüssigkeiten geeignet ist.

Naheliegen
Zur Lösung der ersten Teilaufgabe hätte der Fachmann aufgrund seines allgemeinen Fachwissens für die Eisenschicht des Geschirrs von A3 eine Dicke von ca. 0,30 mm gewählt, da bekannt ist, dass diese Schichtdicke optimales induktives Heizen ermöglicht (Absatz [0004] von A6 als Beleg für das allgemeine Fachwissen).

Das Merkmal „ungefähr 0,35 mm“ ist nicht geeignet, den Gegenstand von Anspruch 5 von einer Schicht mit einer Dicke von „ca. 0,30 mm“ zu unterscheiden, RiLi C-III, 4.7.

Zur Lösung der zweiten Teilaufgabe hätte der Fachmann A5 entnommen, dass eine Glasur das Eindringen von Flüssigkeit verhindert (S. 2009/C/d,e,f/19, Z. 12-13). Daher hätte der Fachmann das Serviergeschirr von A3 mit einer Glasurschicht überzogen, beispielsweise – wie in A5 – unmittelbar auf dem Keramikkörper, um es für Flüssigkeiten geeignet zu machen.

S. 2009/C/d,e,f/28, Z. 20-22 hätte den Fachmann nicht von dieser Maßnahme abgehalten, da in einem so modifizierten Serviergeschirr die Flüssigkeit auch direkt in das Serviergeschirr eingefüllt werden könnte.

Auf diese Weise wäre der Fachmann ohne erfinderische Tätigkeit zum Gegenstand von Anspruch 5 gelangt.

Die Kombination von zwei Dokumenten und allgemeinem Fachwissen ist kein Indiz für erfinderische Tätigkeit, da zwei unabhängige Teilaufgaben gelöst werden (RiLi C-IV, 11.8).

Anspruch 6

Wie oben schon erläutert wurde, stellt das optionale Merkmal von Anspruch 6 („die vorzugsweise aus Papier besteht“) eine unzulässige Erweiterung dar, Art. 100 c) EPÜ. Sofern das fakultative Merkmal im Anspruch verbleibt, ist das Patent zu widerrufen.

Das fakultative Merkmal schränkt den Anspruchsgegenstand nicht ein, RiLi C-III, 4.9. Der Gegenstand von Anspruch 6 ist nach Art. 54 EPÜ auch nicht patentfähig.

Mangelnde Neuheit gegenüber A6 (Art. 100 a), 52 (1), 54 (3) EPÜ, 54 (4) EPÜ 1973)
A6 ist Stand der Technik nach Art. 54 (3), (4) EPÜ 1973 für die gemeinsamen Benennungsstaaten AT, BE, CH, DE, DK, FR, GB, GR, PT.

A6 offenbart in Absatz [0006] von A6 ein Verfahren zum Beschichten eines Keramikkörpers. Denn der innere Topf 1 von A6 ist aus Steingut, also Keramik (Absatz [0005] von A6 in Verbindung mit S. 2009/C/d/5, Z. 10).

Bei dem Verfahren wird ein mehrschichtiger Bogen aus einer Papierschicht und darauf angebrachter Metallschicht, also metallhaltigen Schicht, hergestellt (erste zwei Zeilen von Absatz [0006] von A6). Dass ein Bogen hergestellt wird, folgt aus der Erwähnung von zwei dünnen Schichten – diese bilden einen Bogen. Der Bogen wird auf die Unterseite des Keramikkörpers aufgebracht (siehe Fig. von A6 für das Resultat des Verfahrens – die Metallschicht 3 befindet sich am Boden des Topfes 1), wobei die Metallschicht dem Topf 1 zugewandt ist (implizit dadurch, dass Papier die äußere Schicht ist, S. 2009/C/d,e,f/22, Z. 17-18), und wobei die Papierschicht abgeweicht, also entfernt wird (S. 2009/C/d,e,f/22, Z. 17-18).

Der Topf 1 von A6 wird dann bei Temperaturen von 700°C bis 860°C gebrannt (letzte Zeile von Absatz [0006] von A6). Jeder der Grenzwerte des in A6 offenbarten Temperaturbereichs liegt in dem in Anspruch 6 angegebenen Intervall und trifft dieses neuheitsschädlich, T 188/83 und RiLi C-IV, 9.8.

Daher ist Anspruch 6 nicht neu gegenüber A6 für die gemeinsamen Benennungsstaaten.

V. Nach dem Gesagten ist das Patent in vollem Umfang zu widerrufen, da die Gründe Art. 100 a), 52 (1), 54, 56 EPÜ und Art. 100 c) EPÜ vorliegen.

Le Grand
Zugelassener Vertreter

Anmerkungen an den Prüfer – Antworten auf Fragen des Mandanten

Auf die Fragen des Mandanten ist wie folgt zu antworten:

1. Die Hinzufügung in Absatz [0006] von A1 ist eine unzulässige Erweiterung (Art. 100 c) EPÜ, Art. 123 (2) EPÜ) – siehe Einspruchsbegründung.

2. A1 hat die Priorität einer Anmeldung vom 14.6.2006 beansprucht.

Da A1 einen Anmeldetag vor dem 13.12.2007 hat, muss die Prioritätserklärung nach Art. 88, R. 38 (2) EPÜ 1973 bei Einreichung der Anmeldung abgegeben werden. Da die Frist von 16 Monaten ab dem Prioritätstag am 14.6.2006 + 16 Mo. $\rightarrow$ 14.10.2007 $\rightarrow$ 15.10.2007 (Art. 120, R. 131 (4), R. 134 (1) EPÜ) abläuft, ist R. 52 EPÜ 2000 nicht anwendbar, denn diese Frist endet vor dem 13.12.2007.

Da nach den in J 3/91, J 6/91, J 9/91 und J 2/92 entwickelten Grundsätzen jedoch
- die fehlende Prioritätserklärung grundsätzlich einen Fehler darstellt und
- der Antrag auf Berichtigung anscheinend rechtzeitig vor Veröffentlichung gestellt wurde, so dass Rechtssicherheit für Dritte gewahrt werden konnte (J 3/82, J 4/82), konnte die fehlende Prioritätserklärung nach R. 88 EPÜ 1973 berichtigt werden.

Der Prioritätsanspruch ist daher wirksam.

Da A2-A5 vor dem Prioritätstag von A1 veröffentlicht sind und A6 wirksam eine Priorität vor dem Prioritätsdatum von A1 in Anspruch nimmt, aber nach dem Anmeldetag von A1 veröffentlicht wurde, beeinflusst die Gültigkeit des Prioritätsanspruches nicht die rechtliche Qualifizierung von A2-A6 für die Patentfähigkeit von A1.

3. Der Patentinhaber von A1 hat einen Sitz außerhalb der EPÜ-Vertragsstaaten und muss daher einen zugelassenen Vertreter bestellen, Art. 133 (2) EPÜ.

Das Einspruchsverfahren würde nach R. 142 (1) (b) EPÜ ausgesetzt werden, wenn das Konkursverfahren den Patentinhaber hindert, weiter am Einspruchsverfahren teilzunehmen.

Sobald das EPA nach R. 142 (2) EPÜ informiert wird, wer zur Fortführung des Verfahrens berechtigt ist, wird das Verfahren zu einem vom EPA bestimmten Zeitpunkt fortgesetzt und dies den Beteiligten entsprechend mitgeteilt.

4. Auch die Änderung in Anspruch 6 ist eine unzulässige Erweiterung.

5. A4 kann als Beweismittel dafür dienen, was ab dem 12.5.2006 auf der Website öffentlich zugänglich war. Weitere Beweismittel sind nötig und wurden angeboten.

Europäisches Patentamt
European Patent Office
Office européen des brevets

Einspruch gegen ein europäisches Patent

I. Angegriffenes Patent

Patentnummer	1 861 768
Anmeldenummer	07 017 201.3
Tag des Hinweises auf Erteilung im Europäischen Patentblatt (Art. 97 (3), Art. 99 (1) EPÜ)	18.06.2008
Bezeichnung der Erfindung (Titel):	Tisch zum Erwärmen von vorgekochten Speisen

II. In der Patentschrift als Erster genannter **Patentinhaber**

	Volley Inc., Boca Raton, FL 33 428
Zeichen des Einsprechenden oder Vertreters (max. 15 Positionen)	Alain Le Grand

III. Einsprechender

Name	Alassi SPA
Anschrift	Via Genova 34 121 Triest
Staat des Wohnsitzes oder Sitzes	IT
Staatsangehörigkeit	
Telefon/Fax	
Gemeinsamer Einspruch (Miteinsprechende siehe Zusatzblatt)	☐

IV. Bevollmächtigung

1. Vertreter (Nur einen Vertreter oder den Namen des Zusammenschlusses angeben, an den zugestellt werden soll)	Alain Le Grand
Geschäftsanschrift	15, rue de Chapeliers F - 22 300 Lannion
Telefon/Fax	
Weitere zugelassene Vertreter (siehe Zusatzblatt/Vollmacht)	☐

Zeichen des Einsprechenden

2. Angestellte(r) des Einsprechenden, die/der für dieses Einspruchsverfahren gemäß Art. 133 (3) EPÜ bevollmächtigt werden/wird

Vollmacht(en) zu 1./2.

nicht erforderlich [X]

registriert unter Nr. [ ]

beigefügt [ ]

V. Der Einspruch richtet sich gegen das erteilte Patent

• im gesamten Umfang [X]

• im Umfang der Ansprüche Nr.

VI. Einspruchsgründe:

Der Einspruch wird darauf gestützt, dass

a) der Gegenstand des eurpäischen Patents nicht patentfähig ist (Art. 100 (a) EPÜ), weil er

• nicht neu ist (Art. 52 (1); Art. 54 EPÜ) [X]

• nicht auf einer erfinderischen Tätigkeit beruht (Art. 52 (1); Art. 56 EPÜ) [X]

• aus sonstigen Gründen von der Patentierbarkeit ausgeschlossen ist, nämlich wegen [ ] Art.

b) das europäische Patent die Erfindung nicht so deutlich offenbart, dass ein Fachmann sie ausführen kann (Art. 100 (b) EPÜ; vgl. Art. 83 EPÜ). [ ]

c) der Gegenstand des europäischen Patents über den Inhalt der Anmeldung/der früheren Anmeldung in der ursprünglich eingereichten Fassung hinausgeht (Art. 100 (c) EPÜ, vgl. Art. 123 (2) EPÜ). [X]

VII. Tatsachenvorbringen (Regel 76 (2) (c) EPÜ) erfolgt auf gesondertem Schriftstück (Anlage 1) [X]

VIII. Sonstige Anträge:

hilfsweise mündliche Verhandlung

Zeichen des Einsprechenden

IX. Beweismittel

Beweismittel sind beigefügt ☐

werden nachgereicht ☐

A. Veröffentlichungen:

1

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

2

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

3

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

4

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

5

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

6

Besonders relevant (Seite/Spalte/Zeile/Fig.):

Fortsetzung auf Zusatzblatt ☐

B. Sonstige Beweismittel

Weitere Angaben auf Zusatzblatt ☐

Zeichen des Einsprechenden

Bitte nicht benutzen

X. Zahlung der Einspruchsgebühr erfolgt

- wie auf beigefügtem Gebührenzahlungsvordruck (EPA Form 1010) angegeben ☒
- über die Online-Dienste des EPA ☐

XI. Liste der Unterlagen

Anlage Nr.:

0 Einspruchsformblatt ☒

1 Tatsachenvorbringen (s. VII.) ☒

2 Kopien von als Beweismittel angegebenen (s. IX.)

a Veröffentlichungen ☒

b sonstigen Unterlagen ☒

3 Unterzeichnete Vollmacht(en) (s. IV.) ☐

4 Gebührenzahlungsvordruck (s. X.) ☒

5 Zusatzblatt (Zusatzblätter) ☐ Blattzahl

6 Sonstige Unterlagen ☐

Bitte einzeln anführen:

XII. Unterschrift des Einsprechenden oder Vertreters

Ort	Lannion
Datum	05.03.2009
Unterschrift(en)	Alain Le Grand
Name des (der) Unterzeichneten (in Druckschrift)	Alain Le Grand
Bei juristischen Personen die Stellung des (der) Unterzeichneten innerhalb der Gesellschaft angeben.	

Zeichen des Einsprechenden